"Misstrauensvotum der Politik gegenüber der Wirtschaft bringt Pandemie-Bekämpfung nicht voran"

28.03.21 | Berlin

"Misstrauensvotum der Politik gegenüber der Wirtschaft bringt Pandemie-Bekämpfung nicht voran"

UVB sieht Senatsbeschlüsse zu Home Office und Testpflicht kritisch

Zu den jüngsten Beschlüssen des Senats erklärt der stellvertretende UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp:

„Die Beschlüsse des Senats wirken wie ein Misstrauensvotum der Politik gegenüber der Wirtschaft. Mit der Verpflichtung der Unternehmen zum Home Office will sie offenbar von eigenen Fehlern beim Krisenmanagement ablenken. Dabei arbeiten die allermeisten Beschäftigten dort, wo es möglich ist, längst in den eigenen vier Wänden. Die Unternehmen brauchen in Sachen Verantwortung für die Beschäftigten keine Nachhilfe von der Politik.

Die Datengrundlage des Senats-Beschlusses ist zudem dünn. Wer heute noch im Büro arbeitet, ist entweder für den Kernbereich eines Unternehmens absolut unverzichtbar oder hat nicht die Möglichkeit, zuhause angemessen zu arbeiten. Mindestens jeder zweite Arbeitsplatz ist überhaupt

nicht Home-Office-fähig.

Die neue Regelung wird vor allem noch mehr Bürokratie produzieren. Unternehmen müssen jeden Tag aufs Neue auf Listen abhaken, wer vor Ort ist und wer im Home Office arbeitet. Unklar ist zudem, was geschieht, wenn Beschäftigte die Home-Office-Angebote ablehnen.

Die Berliner Wirtschaft hält eine breite Test-Strategie für sehr wichtig. Die Unternehmen müssen allerdings nach dem Willen des Senats nun jede Woche mehr als zwei Millionen Tests anbieten. Diese Menge wird auf absehbare Zeit kaum verfügbar sein. Hinzu kommen die zusätzlichen Kosten für viele ohnehin angeschlagene Unternehmen.

Im Ergebnis belastet der Senat die Firmen finanziell und bürokratisch weiter, ohne aber die Pandemie-Bekämpfung substanziell voranzubringen. Zudem sorgt Berlin mit seinem Sonderweg für eine erneute Verunsicherung der Firmen und eine schwindende Akzeptanz der Corona-Einschränkungen.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner in Sachen Corona

Hauptgeschäftsführer

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF